

«Ein Bauernopfer nützt dem Tierschutz nichts»

Tierquälerei Die Thurgauer Behörden müssen im Fall Hefenhofen zahlreiche Fehler eingestehen. Auch Regierungsrat Walter Schönholzer gibt solche zu. Ein Köpferrollen greife aber zu kurz.

Interview: Silvan Meile

Walter Schönholzer, ein renitenter Bürger hat über Jahre die Thurgauer Behörden vorgeführt. Wie soll das künftig verhindert werden?

Dieser Bürger ist nicht nur renitent, sondern auch äusserst uneinsichtig und gewaltbereit. Künftig müssen alle in einen so komplexen Fall involvierten Ämter eine Auslegeordnung machen, eine gemeinsame Strategie festlegen und ganz konsequent darauf schauen, wo die Handlungsfelder liegen und dass Entscheide vollstreckt und Gesetze vollzogen werden. Es braucht ein besseres, ämterübergreifend koordiniertes Arbeiten.

Schlagzeilen machte U. K. vor allem als Tierquäler. Wieso brauchte es Bilder leidender Pferde, damit durchgegriffen wurde?

Nachdem die Staatsanwaltschaft die Bilder als echt und authentisch erklärt hatte, war endlich eine solide Basis für eine komplette Hofräumung gegeben.

Zuvor bekamen die Behörden U. K. 15 Jahre lang nicht in den Griff. Was war der grösste Fehler in diesem Fall?

Der Untersuchungsbericht zeigt, dass es von den Behörden verschiedene Fehleinschätzungen gab, die zu Fehlern führten. Der grösste Fehler war, dass wir zu lange zwischen Deeskalation und Repression geschwankt und trotz der massiven Drohungen von U. K. an seine Einsicht und Vernunft geglaubt haben.

Der Bericht der Untersuchungskommission um Hanspeter Uster verteilt

die Schuld am Fall Hefenhofen auf viele Schultern, beziehungsweise verschiedene Ämter und Departemente. Zuvor standen Sie und der Kantonstierarzt im Fokus. Wie gross ist Ihre Erleichterung?

Ich bin froh, dass jetzt auch die Medien die ganze Breite, die enorme Tragweite, die lange Dauer und die Komplexität dieses Falls erkennen. Ich bin auch froh, konnte die Thurgauer Regierung am Mittwoch dazu Stellung nehmen. Es ist gut, dass jetzt Massnahmen auf dem Tisch liegen, die wir prüfen und umsetzen können. Nun können wir vorwärts arbeiten. Die Anschuldigungen, die ein Köpferrollen fordern, sind ab heute hoffentlich vom Tisch. Denn das greift einfach zu kurz. Den Tierschutz im Thurgau und schweizweit bringen wir nicht weiter, indem wir nun einfach ein Bauernopfer in die Wüste schicken.

Was hätten Sie persönlich anders machen sollen?

Die Mediation, die ich nach meinem Amtsantritt 2016 mit meinem Generalsekretär und dem Anwalt von U. K. in die Wege geleitet hatte, war nicht zielführend. Ich glaubte, im Dialog eine Verbesserung der Lage zu erreichen.

Diese Verhandlung führte der Kanton aus einer geschwächten Position, weil das Bundesgericht zuvor den Entscheid eines totalen Tierhalterverbots für U. K. wegen eines Formfehlers abgewiesen hatte. Trotzdem entschieden Sie sich für eine weitere Deeskalationsstrategie?

Dieser Bundesgerichtsentscheid war fatal. Wir gingen davon aus, dass wir in

Lausanne recht bekommen würden. Immerhin hatte das Thurgauer Verwaltungsgericht unseren Entscheid gestützt. Nachdem das Bundesgericht dann mehr als ein Jahr brauchte, um herauszufinden, dass aus seiner Sicht ein Fehler wegen nicht gewährtem juristischem Gehör passiert war, waren wir vor den Kopf gestossen. Es war für uns nicht mehr möglich, dieses Urteil neu aufzurollen, weil die Feststellungen, auf denen der Entscheid basierte, in der Zwischenzeit bereits länger als zwei Jahre zurücklagen.

Der Untersuchungsbericht fordert eine andere Kultur der Zusammenarbeit über die Thurgauer Ämter und Departemente hinaus. Wie will die Regierung das umsetzen?

Indem wir in solch aussergewöhnlichen Fällen Begleitgruppen einsetzen, damit die richtigen Leute am richtigen Ort durchgreifen. Wir dürfen es nicht mehr zulassen, dass jemand den Rechtsraum so ausnützt, dass die Behörden immer den Kürzeren ziehen.



Regierungsrat Walter Schönholzer.

Bild: Andrea Stalder

Regierung gelobt Besserung

Vorsätze Mit dem gemeinsamen Auftritt seiner fünf Mitglieder unterstrich der Regierungsrat seinen Willen, künftig besser zusammenzuarbeiten als beim Tierschutzfall Hefenhofen. Sie sei «betroffen bis erschüttert» vom Bericht der Untersuchungskommission, sagte SP-Regierungspräsidentin Cornelia Komposch. Sie bedankte sich bei der vollzählig anwesenden Kommission, die den komplexen Fall in kurzer Zeit aufgearbeitet habe. FDP-Regierungsrat Walter Schönholzer dankte «ganz besonders jener Frau», die mit ihren Bildern vom Hof in Hefenhofen die Basis für eine komplette Hofräumung geliefert habe.

Regierungspräsidentin spricht von überforderten Behörden

Der Fall U. K. ist laut Komposch in keiner Weise repräsentativ, weder für den Thurgau noch für seine Bürger. Hauptakteur sei «ein oftmals renitenter Bürger, der nicht bereit war, sich an Vorschriften und Regeln zu halten». Er habe je länger je mehr eine Gefährdung der Amtspersonen dargestellt. Er sei «offenbar verhaltensauffällig, uneinsichtig, gewaltbereit und aggressiv». Die Behörden seien mit der Situation überfordert gewesen. «Es wurde zu wenig koordiniert gearbeitet und oftmals gezögert, harte Entscheidungen durchzusetzen.» Die Behörden seien aber auch durch die Gerichte immer wieder blockiert worden.

Es gebe nicht «einen Schuldigen», wie von «gewissen Personen» gefordert, sagte Komposch in Anspielung auf den an der Medienkonferenz im Frauenfel-

der Bildungszentrum Adler anwesenden Tierschützer Erwin Kessler. «Es wurde Unrecht geduldet», sagte die Regierungspräsidentin, «meine Damen und Herren, eine solche Situation wird der Regierungsrat nicht mehr zulassen.» Der Regierungsrat bedauere, dass es zu diesem «in jeder Hinsicht besonderen Fall» habe kommen können, und «er entschuldigt sich für das Tierleid und die Fehler, die passiert sind». Schönholzer sagte, er wolle sich «vehement dafür einsetzen», dass sich «dieses hier geschehene Tierleid» nicht wiederhole.

Aus Sicht des Regierungsrats sind keine personellen Veränderungen angezeigt, wohl aber strukturelle und organisatorische. «Mit dem Wissen von heute hätten alle Beteiligten wohl früher und anders gehandelt», sagte Komposch.

Schönholzer, Vorsteher des Departements für Inneres und Volkswirtschaft, verteidigte explizit Kantonstierarzt Paul Witzig, der weiterhin sein Vertrauen genieisse. Er habe stets das Tierwohl im Auge gehabt.

Wie im Untersuchungsbericht vorgeschlagen, soll auf Departementsebene ein Monitoring über laufende Verwaltungsverfahren eingerichtet werden. Falls nötig, wird eine Begleitgruppe mit den notwendigen Kompetenzen geschaffen. Die Regierungsräte sollen sich gegenseitig frühzeitig über besondere Fälle informieren. Unter Leitung des Justizdepartements würden die Rechtsgrundlagen für einen Informationsaustausch unter den Behörden überprüft und geklärt.

Ämter sollen gezielt durch Experten, vor allem Juristen, verstärkt werden, womit auch eine Empfehlung der Untersuchungskommission umgesetzt wird. Laut Schönholzer hat das Veterinäramt bereits eine 20-prozentige Juristenstelle, die nächstes Jahr auf 50 Prozent aufgestockt werden soll. Die Polizei soll bei Bedrohungen gegen Behörden immer kontaktiert werden. Diese Massnahme sei durch die Einrichtung einer Fachstelle umgesetzt, wie die Regierungspräsidentin sagte. Die Polizei werde bezüglich Tierschutz vertieft ausgebildet. Die drei auf Tierschutz spezialisierten Staatsanwälte sollen in Zukunft konsequent für alle Tierschutzfälle eingesetzt werden.

Die Medienstelle wird frühzeitig einbezogen. Dazu gab Komposch bekannt, dass der Regierungsrat als Folge des Falls Hefenhofen im Mai ein Seminar zum Thema Krisenmanagement und Krisenkommunikation absolviert hat. Zudem sei ein Krisenkommunikationskonzept in Erarbeitung. Dabei ist der PR-Experte Sven Bradke involviert, der die Medienkonferenz als Beobachter verfolgte.

Kommission empfiehlt Öffentlichkeitsprinzip

Pikanterweise empfiehlt die Untersuchungskommission auch die Einführung des Öffentlichkeitsprinzips, was dem Ziel einer hängigen Volksinitiative entspricht. An der ablehnenden Haltung des Regierungsrats hat sich gemäss der Regierungspräsidentin nichts geändert.

Thomas Wunderlin

Braucht es für den Tierschutz auch eine bessere Unterstützung durch Polizei und Staatsanwaltschaft?

Auch in diesem Bereich sind Massnahmen vorgeschlagen. Sowohl bei der Staatsanwaltschaft als auch bei der Polizei braucht es auf das Tierschutzrecht spezialisierte und geschulte Personen. Das gilt aber auch für Vertreter aller anderen involvierten Ämter.

Noch laufen zahlreiche juristische Verfahren gegen U. K. Wissen Sie, was der Mann aus Hefenhofen derzeit macht?

Nein, das weiss ich nicht.

Haben Sie ihn mal persönlich getroffen?

Seit die Situation eskalierte, nicht mehr. Aber kurz nach meinem Amtsantritt hatte ich ihn getroffen, um herauszufinden, ob es überhaupt eine Möglichkeit gebe, mit ihm und seinem Anwalt eine Lösung zu finden hinsichtlich der Mediation, die wir anstrebten.

Welches ist die wichtigste Erkenntnis, die Sie im Bericht gelesen haben?

Behörden müssen in solch komplexen Fällen unbedingt koordiniert agieren. Die Departemente müssen ihre Amtschefs anhalten, das Recht zwingend durchzusetzen. Und dabei müssen sich diese wiederum auf ihre Vorgesetzten verlassen können. Wir dürfen es nicht mehr zulassen, dass Mitarbeitende des Kantons unter derartigen Gewaltandrohungen zu leiden haben, dass sie in ihren Ämtern nicht mehr richtig handeln können.

«Nichts als ein grosses Blabla»

Reaktion Was Erwin Kessler bei der Präsentation des Berichts der Untersuchungskommission im Fall Hefenhofen vernommen hat, geht dem Thurgauer Tierschützer viel zu wenig weit. Seit die Bilder der gequälten Tiere aufgetaucht sind, kämpft er an vorderster Front gegen den Pferdehalter. Es wurde auch zu einem Kampf gegen die Behörden, denen Kessler schon seit Beginn des Falls Hefenhofen Versagen vorwirft.

Gestern wollte Kessler deshalb Köpfe rollen sehen. «Der Departementschef und der Kantonstierarzt haben total versagt», sagt er einem Videojournalisten des «St. Galler Tagblatts». Doch anstatt personeller Konsequenzen seien lediglich organisatorische Verbesserungen angekündigt worden. «Der Thurgauer Politfilz übernimmt geschlossen die Verantwortung», bilanziert Kessler. Jetzt wolle man das Problem kleinreden. Alle seien demnach ein bisschen schuld, niemand aber richtig. «Das macht mich hässig», sagt der Präsident des Vereins gegen Tierfabriken (VgT).

Kessler fordert fähigen Kantonstierarzt

Für Kessler ist klar: «Es gibt Kantone, in denen das nicht passiert wäre.» Er fordert, dass im Thurgau sofort ein fähiger Kantonstierarzt eingesetzt werde. Der amtierende Chef des Veterinäramtes habe den Willen, die vorhandenen Mittel zur Einhaltung des Tierschutzgesetzes einzusetzen, bisher vermissen lassen, sagt Kessler und doppelt nach. Es würde



Am 8. August 2017 wird der Betrieb von U. K. in Hefenhofen...



Tierschützer Erwin Kessler.

Bild: Andrea Stalder